

Stand: 06.06.2026 20:40:54

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16317

"Familienpolitischer Verantwortung endlich gerecht werden: 10-Punkte-Programm "Familien stärken"!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/16317 vom 05.04.2017
2. Beschluss des Plenums 17/16403 vom 06.04.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 101 vom 06.04.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Susann Biedefeld, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

Familienpolitischer Verantwortung endlich gerecht werden: 10-Punkte-Programm „Familien stärken“!

Der Landtag wolle beschließen:

Angesichts der familienpolitischen Versäumnisse des Freistaates in den vergangenen Jahren, die sich beispielsweise in unzureichenden Kinderbetreuungsquoten, steigenden Armutsgefährdungsquoten sowie einer wachsenden Abhängigkeit gesellschaftlicher Teilhabechancen vom sozialen Status niederschlagen, wird die Staatsregierung aufgefordert, ihrer politischen Verantwortung gerecht zu werden und die Familien in Bayern nachhaltig zu stärken und zu entlasten.

Hierfür ergreift sie insbesondere folgende Maßnahmen, die in ihrer landespolitischen Verantwortung liegen:

1. Die bayerischen Kindertagesstätten werden für Eltern beitragsfrei gestellt.
2. Der Freistaat startet eine Qualitätsoffensive für bayerische Kindertageseinrichtungen, indem er für ausreichend, gut qualifiziertes Personal sorgt (auch zur Abdeckung von Rand- und Ferienzeiten) und den Anstellungsschlüssel auf 1:8 – wie von Experten empfohlen – anhebt sowie die Rahmenbedingungen für die pädagogisch Tätigen verbessert (vor allem durch Freistellung der Einrichtungsleitungen für administrative Aufgaben, festgelegte Zeiten für die Vor- und Nachbereitung pädagogischer Inhalte, Einsatz von multiprofessionellen Teams).
3. Die Infrastruktur der Kindertagesbetreuung wird bedarfsgerecht ausgebaut.
4. Es wird ein Rechtsanspruch auf einen kostenfreien Ganztagsschulplatz bzw. Hortplatz eingeführt, um die Betreuung zu sichern und Nachhilfe überflüssig zu machen. Der Ausbau soll im Entwurf des nächsten Doppelhaushalts eingestellt werden.

5. Schulweg und Lernmittel werden bis zum Abschluss der Schule oder der Lehrzeit kostenfrei gestellt.
6. Beratungsangebote für Familien und insbesondere pflegende Angehörige sowie Alleinerziehende werden bedarfsgerecht ausgebaut, um auch hierdurch zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf beizutragen.
7. Zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums für Familien werden zielgerichtete Sonderprogramme für die Ballungsräume und den ländlichen Raum aufgelegt, um zum einen dem Wohnungsmangel in besonders nachgefragten Regionen zu begegnen (unter anderem durch die Schaffung von 20.000 staatlich geförderten Wohnungen pro Jahr) und zum anderen Leerständen im ländlichen Raum entgegenzuwirken und die Attraktivität des ländlichen Raums für junge Familien zu erhöhen.

Auf Bundesebene wirkt die Staatsregierung zudem an der Umsetzung der nachfolgenden Maßnahmen konstruktiv mit:

8. Die Staatsregierung setzt sich dafür ein, dass – angelehnt an den Konzeptvorschlag des „Bündnisses Kindergrundsicherung“ – eine Kindergrundsicherung eingeführt wird, um allen Kindern und Jugendlichen gleiche Zugangschancen zu Bildung, Gesundheit und Freizeit zu ermöglichen und Kinder effektiv vor Armut zu schützen.
9. Die Staatsregierung unterstützt die Einführung einer Familienarbeitszeit, wonach Eltern ein sogenanntes Familiengeld erhalten, wenn beide vollzeitnah arbeiten und sich partnerschaftlich um das Kind kümmern; analog zu diesem Modell sollen auch pflegende Angehörige entlastet werden.
10. Das bisherige Ehegattensplitting, das Alleinerziehende und unverheiratete Paare mit Kindern benachteiligt und von dem insbesondere Ehen mit einem Alleinverdiener oder mit hohen Einkommensunterschieden zwischen den Partnern profitieren, wird zugunsten eines Familiensplittings reformiert.

Begründung:

Eine moderne und gerechte Familienpolitik hat darauf abzielen, Familien in ihrer Vielfalt ernst zu nehmen, sie bei der Realisierung ihrer individuellen Lebensentwürfe zu unterstützen und für gleiche Teilhabechancen zu sorgen. Auch ist darauf hinzuwirken,

dass die Rahmenbedingungen für eine bestmögliche Vereinbarkeit von Familienleben, Berufstätigkeit und der Pflege von Angehörigen geschaffen werden. Diese muss für alle Eltern oder Elternteile und jedes Familienmodell gelten.

In all diesen Punkten sind eklatante Versäumnisse festzustellen, was die Politik des Freistaates in den vergangenen Jahren anbelangt: So haben nur 27 Prozent der Kinder in Bayern einen Krippenplatz, mehr als 33.000 Plätze fehlen. Damit liegt der Freistaat hinsichtlich der Betreuungsquote bundesweit auf dem drittletzten Platz. Auch in vielen anderen Bereichen steht der Freistaat nicht gut da: So sind 42 Prozent der Alleinerziehenden in Bayern von Armut betroffen. Die Armutsgefährdungsquote bei Familien mit drei und mehr Kindern liegt bei 20 Prozent und ist damit doppelt so hoch wie bei Familien mit weniger Kindern. Großen Handlungsbedarf gibt es zudem auch bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben. Nur 15 Prozent der Familien in Bayern gaben in einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung an, dass sich Familie und Beruf gut vereinbaren lassen.

Um diesen Entwicklungen entgegenzusteuern, wird die Staatsregierung aufgefordert, ihrer politischen Verantwortung entsprechend gerecht zu werden. Zu diesem Zwecke hat sie insbesondere folgende Maßnahmen zu ergreifen:

Zur finanziellen Entlastung von Familien, aber auch zur Herstellung von mehr Bildungsgerechtigkeit werden Bildungseinrichtungen kostenfrei gestellt: So sind unter anderem Kindertageseinrichtungen für Eltern beitragsfrei zu stellen, zudem wird ein Rechtsanspruch auf einen kostenfreien Ganztagschulplatz eingeführt (Drs. 17/10580). Auch Schulweg und Lernmittel haben in diesem Sinne kostenfrei zu sein.

Die finanzielle Entlastung von Familien darf sich jedoch nicht nur auf den Bildungsbereich beschränken, sondern muss insbesondere auch Fragen des bezahlbaren Wohnraums (Drs. 17/15056) sowie steuerliche Fragen betreffen (hier erscheint insbesondere eine Reform des Ehegattensplittings zu einem Familiensplitting angezeigt).

Für eine bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist es ferner unumgänglich, dass die öffentliche Betreuungsinfrastruktur endlich bedarfsgerecht ausgebaut wird – qualitativ wie quantitativ (Drs. 17/13447; 17/14198). Dies entlastet zudem auch die dort pädagogisch Tätigen.

Auch eine partnerschaftliche Familienarbeitszeit entspricht laut Umfragen den Wünschen der meisten jungen Eltern. Ein Familiengeld als Pauschalleistung ist zudem grundsätzlich sinnvoller und gerechter als eine Entgeltersatzleistung, da es auch diejenigen Familien mit niedrigen Einkommen erreicht, die sich eine Arbeitszeitreduzierung bislang nicht leisten konnten.

Nicht zuletzt hat eine moderne und gerechte Familienpolitik dazu beizutragen, dass allen Kindern im Freistaat ein gutes Aufwachsen ermöglicht werden kann. Um dies sicherzustellen, schlägt das „Bündnis Kindergrundsicherung“, in dem sich eine Vielzahl von Wohlfahrts- und Familienverbänden und Vertretern der Sozialwissenschaften zusammengeschlossen haben, die Weiterentwicklung des bestehenden Kindergelds zu einer Kindergrundsicherung vor (Drs. 17/16139). Diesen Ansatz gilt es umzusetzen, um allen Kindern und Jugendlichen gleiche Zugangschancen zu Bildung, Gesundheit und Freizeit zu ermöglichen und sie effektiv vor Armut zu schützen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Susann Biedefeld, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/16317

**Familienpolitischer Verantwortung endlich gerecht werden:
10-Punkte-Programm „Familien stärken“!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Doris Rauscher

Abg. Kerstin Celina

Abg. Thomas Huber

Abg. Gabi Schmidt

Staatsministerin Emilia Müller

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u. a. und Fraktion (SPD)

Familienpolitischer Verantwortung endlich gerecht werden: 10-Punkte-Programm "Familien stärken"! (Drs. 17/16317)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Familienpolitik in Bayern zukunftsgerichtet aufstellen (Drs. 17/16339)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Ingrid Heckner, Joachim Unterländer u. a. und Fraktion (CSU)

Bayern bleibt Familienland: Familien noch besser unterstützen! (Drs. 17/16340)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und darf als Erster für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Rauscher das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin. – Frau Kollegin, bitte noch einen Augenblick. Die SPD-Fraktion hat zu ihrem Antrag namentliche Abstimmung beantragt. Jetzt bitte, Frau Kollegin.

Doris Rauscher (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Pünktlich am vergangenen Sonntag, also am Wochenende, hat der CSU-Chef für Bayern die Familienpolitik entdeckt, wiederentdeckt, könnte man sagen, und zwar mit einem starken Maßnahmenpaket, mit starken familienpolitischen Offensiven. Bislang, zuletzt vergangene Woche, hörten wir hier im Hohen Hause dazu noch ganz andere Töne. Wir hörten, dass wir eine wirksame Familienpolitik in Bayern hätten, eine sehr bewährte Familienpolitik. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das scheint mir nun doch etwas unglaubwürdig. Hätte die CSU-Fraktion denn nicht schon lange Zeit gehabt, mit einem wirklich starken Paket für die Familien in die Offensive zu gehen?

(Beifall bei der SPD)

In den letzten dreieinhalb Jahren, den Wahlkampf davor ausgeklammert, ist hier aber nichts passiert. Nun muss der Chef das Thema zur Chefsache machen. Bayern muss nun anscheinend doch in die Offensive gehen.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Für den Bund, der Nachholbedarf hat!)

– Jetzt, Frau Kollegin, nehmen Sie die Familienpolitik in den Fokus, nach dem Motto: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern? Was interessiert mich mein Geschwätz aus dem Wahlkampf 2013? – Ich möchte in Erinnerung rufen: Damals kam der Vorschlag, das mittlere Kindergartenjahr finanziell zu entlasten und den Familien bei den Beiträgen entgegenzukommen. Das wurde versprochen. Nach der Wahl wurde es aber zurückgenommen. Bis heute haben wir keine Entlastung der Familien beim mittleren Kindergartenjahr.

(Beifall bei der SPD)

Es wurde auch angekündigt, eine Kinderkomponente beim Ehegattensplitting voranzutreiben. Doch auch dieses Versprechen hat die CSU nicht eingelöst. Es kamen nur Ideen, und diese Ideen holen Sie jetzt wieder aus der Mottenkiste und machen daraus eine Neuauflage. Warum? – Weil wir wieder einmal im Wahlkampf stehen. Wir haben hier im Hohen Haus in der laufenden Legislaturperiode, nicht lediglich im Wahlkampf, über Familienpolitik schon sehr häufig diskutiert. Vonseiten der SPD-Landtagsfraktion haben wir dazu ganze 61 Anträge rund ums Thema Kind und Familie eingebracht. Ganze 94 % dieser Anträge wurden aber von der CSU-Landtagsfraktion abgelehnt, und zwar immer mit dem Verweis auf zu hohe Kosten.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt aber verspricht Ihr Ministerpräsident ein Milliardengeschenk für Familien, ohne eine Gegenfinanzierung vorzulegen.

(Beifall bei der SPD)

An eigenen Anträgen hat die CSU-Fraktion gerade einmal eine Handvoll zu diesem Thema eingereicht, mehr nicht. Die Kompetenz der CSU liegt also – so muss ich feststellen – eher im Ablehnen von Anträgen als im Initiieren einer wirklichen Offensive für bayerische Familien. Wir haben in der Familienpolitik also nicht nur unterschiedliche Wege, sondern ich muss auch feststellen, dass vonseiten der CSU-Landtagsfraktion überhaupt nichts kommt. Sie gestalten nicht, sondern plappern nur die Slogans einiger Ihrer Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion nach: Bayern wäre doch das Wunderland für Familien, wir wären mit den familienpolitischen Leistungen doch so top. Das jedenfalls ist der O-Ton Ihres Kollegen Andreas Scheuer. Wir hören nichts anderes als Lobpreisungen von Ihnen. Da muss ich mich schon fragen, wieso jetzt ein Weckruf Ihres Parteichefs notwendig ist und wieso jetzt ein Milliardenprogramm für Familien aufgelegt werden muss, wenn in Bayern doch alles so wunderbar ist.

Dazu möchte ich ein paar Fakten für Bayern nennen, die belegen, dass Sie es schlichtweg versäumt haben, den Bedürfnissen der Familien in Bayern gerecht zu werden. Bei uns fehlen gut 33.000 Krippenplätze, um den Bedarf wirklich zu befriedigen. Aktuell fehlen uns fast 9.000 Erzieherinnen und Erzieher, um offene Stellen besetzen zu können, von einer Mehrung durch einen besseren Anstellungsschlüssel ganz zu schweigen. Nach wie vor werden die Kosten des Kita-Besuchs für die Eltern nicht reduziert. Das führt sogar so weit, dass sich manche Familien den Kita-Besuch ihrer Kinder schlichtweg nicht leisten können. In der vergangenen Woche haben wir darüber gesprochen, dass in Bayern 140.000 Kinder in Armut leben. Der Anteil der in Armut lebenden Kinder steigt permanent. Da können Sie noch so oft andere Bundesländer erwähnen, auch in Bayern steigt der Anteil der Kinder in Armut nach wie vor an.

Der Anteil der berufstätigen Mütter in Teilzeit liegt bei knapp 76 %. In Verbindung mit der Tatsache, dass 85 % aller bayerischen Familien angeben, dass für sie Beruf und Familie nicht wirklich gut vereinbar seien, bedeutet das, dass ein großer Teil der Mütter gerne mehr arbeiten würden, es ihnen aber nicht möglich ist. Das ist wirklich ein

schlimmes Armutszeugnis für die Staatsregierung; denn auch über dieses Thema haben wir schon sehr häufig im Fachausschuss gesprochen.

Wir haben zu wenig Familienstützpunkte. Die, die es gibt, gibt es auch nur in den Ballungszentren. Von 60 angekündigten Pflegestützpunkten gibt es bayernweit lediglich neun. Zu allen diesen Punkten haben wir in dieser Legislaturperiode immer wieder Anträge eingebracht. So machen wir es auch heute wieder mit einem Zehnpunkteprogramm für Familien. Wir wollen einen wirklich bedarfsgerechten Ausbau der Kita-Plätze. Auch wenn Minister Spaenle dies heute in seinem Konzept Bildungspaket angekündigt hat, möchten wir dazu einen politischen Beschluss. Deshalb haben wir den Ausbau der Kita-Plätze als ersten Punkt in unserem Antrag genannt.

Dann wollen wir eine Qualitätsoffensive, unter anderem mit mehr pädagogischem Fachpersonal in den Kitas, und wir wollen eine Beitragsfreiheit von Anfang an. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf gute Bildung für die Kinder bis zum Ende der Grundschulzeit, egal ob in der Schule oder im Hort. Wir wollen eine echte Entlastung der Eltern bei den Kosten des Unterrichtsmaterials und des Schulwegs. Für Familien und pflegende Angehörige wollen wir ausreichend Anlaufstellen überall in Bayern. Wir wollen für Familien Unterstützung auf dem Wohnungsmarkt; die Mieten müssen bezahlbar sein, damit das Familiengeld auch zum Leben reicht.

(Beifall bei der SPD)

Als weitere drei Punkte haben wir im Antrag formuliert, Bayern solle sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass wir eine Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut und für mehr Chancengerechtigkeit bekommen. Wir wollen eine Reform des Ehegattensplittings und zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie die Unterstützung bei der Einführung einer Familienarbeitszeit. Genau bei diesen Forderungen ist die CSU auf Bundesebene immer wieder ein Hemmschuh. Deswegen fordern wir Sie auf, sich für diese Forderungen von Bayern aus einzusetzen. Das alles sind wirklich längst fällige Maßnahmen, die wir als ganz dringlich ansehen. Bisher haben Sie sich dem syste-

matisch verweigert. Nun kommt der Wink Ihres Parteichefs und Ministerpräsidenten. Deshalb fordere ich Sie auf: Setzen Sie sich gemeinsam mit uns für diese Forderungen ein. Machen Sie die Familien in Bayern nicht weiter zum Spielball im Wahlkampf. Benutzen Sie die Familien nicht nur im Wahlkampf, um dann Ihre parteipolitischen Taktiken ausspielen zu können.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Unglaublich!)

– Frau Kollegin, so erlebe ich Sie. In den drei Jahren der jetzt laufenden Legislaturperiode kam nichts als Ablehnungen. Das ist einfach Fakt.

(Beifall bei der SPD)

Jegliche sinnvolle Initiative wurde abgelehnt. Ganze vier Anträge zum Themenfeld Kinder und Familie wurden angenommen. Deswegen möchte ich Sie zu den genannten Maßnahmen auffordern; denn ansonsten wären Sie unglaubwürdig. Blicken Sie auf die Initiativen zurück. Uns kann man nicht vorwerfen, dass wir Familienpolitik nur im Rahmen des Wahlkampfs betreiben würden. Auf Landesebene wie auf Bundesebene haben wir laufend Initiativen zur Familienpolitik eingebracht.

Kurz noch zum Antrag der GRÜNEN: Inhaltlich können wir dem Antrag grundsätzlich zustimmen. Liebe CSU-Kolleginnen und Kollegen, Ihr Antrag ist ein netter Versuch, aber er ist sehr enttäuschend und inhaltsleer. Er ist völlig substanzlos. Mehr als Absichtserklärungen können wir in Ihrem Antrag nicht erkennen. Deshalb werden wir uns bei der Abstimmung über Ihre Bemühungen lediglich der Stimme enthalten.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Frau Kollegin Celina das Wort. Bitte, Frau Kollegin.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren. Danke an die SPD, dass sie die Familienpolitik über ihren Dringlichkeitsantrag

im Bayerischen Landtag einbringt und eine Debatte darüber ermöglicht, wo denn die Fraktionen tatsächlich stehen, was sie tun und was sie tun wollen. Die drei Anträge, die jetzt vorliegen, zeigen die Unterschiede deutlich auf.

Ihr Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, geht in die richtige Richtung. Sie zeigen viele Schwachpunkte bayerischer CSU-Familienpolitik auf. Sie zeigen auch auf, wo die Schwachstellen der Familienpolitik auf Bundesebene liegen, für die Sie aber federführend verantwortlich sind. Sie zeigen nicht auf, wie Sie die Maßnahmen, die Sie aufzählen, finanzieren wollen. Statt einen Zehn-Punkte-Plan würde ich Ihren Antrag einen Zehn-Wünsche-Plan nennen. Mit einzelnen Ihrer Forderungen können wir uns deshalb nicht anfreunden, insbesondere nicht mit der Forderung nach Kita-Beitragsfreiheit von Anfang an.

(Isabell Zacharias (SPD): Ihr seid also gegen Beitragsfreiheit!)

Inhaltlich geht der Inhalt aber in die richtige Richtung. Deshalb Danke dafür, dass Sie ihn eingebracht haben. Aus den gerade genannten Gründen werden wir uns jedoch der Stimme enthalten.

Die Kolleginnen und Kollegen der CSU stellen mit ihrem Antrag dar, auf welch schwachen Füßen ihre Positionen in der bayerischen Familienpolitik stehen. Sie betreiben Lobhudelei für die Staatsregierung und fordern völlig unkonkret im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten eine weitere Verbesserung bei der finanziellen Entlastung der Familien, bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bei der Chancengerechtigkeit durch Bildungsteilhabe. Wie unkonkret sind denn diese Forderungen! Was wollen Sie denn nun konkret? Darin gebe ich meiner Vorrednerin Recht. Ihr Parteichef gibt Ihnen die Möglichkeit, endlich konkrete Planungen vorzulegen, Sie aber lassen diese Gelegenheit ungenutzt verstreichen. Das, was in Ihrem Antrag steht, ist das Papier nicht wert, auf dem er steht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen wir uns doch einmal an, welche konkreten Probleme die Familien heute haben. Ich sage es ganz deutlich, damit Sie wissen, worüber ich rede. Ich rede nicht nur von der Einverdienerfamilie mit zwei Kindern, die bei Ihnen nach wie vor im Fokus steht. Familie ist heute viel, viel mehr. Familie ist überall da, wo Menschen generationenübergreifend Verantwortung füreinander übernehmen. Familie gibt es in den verschiedensten Lebensformen. Familie kann groß sein, Familie kann klein sein, mit vielen Kindern oder nur mit einem. Familie kann es mit zwei Erwachsenen, einem Erwachsenen als Alleinerziehendem oder mit vielen Erwachsenen in einer Patchwork-Situation geben. Familie kann sich um ein heterosexuelles oder um ein homosexuelles Paar gruppieren. Familie kann besonders Hilfebedürftige umfassen oder auch nicht. Allen gemeinsam ist aber Folgendes: Unterstützung muss einfach laufen. Es darf nicht unheimlich viel Kraft, Mühe und Zeit kosten, eine geeignete und bezahlbare Wohnung zu finden, und es darf nicht unheimlich viel Kraft, Mühe und Zeit kosten, einen finanzierbaren Platz in einer Krippe oder einem Kindergarten zu finden. An der Schule oder am Wohnort müssen Angebote für Jugendliche und für Ältere existieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dem Wunsch nach Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, nach Freiheit bei der individuellen Lebensgestaltung und nach unbürokratischen und schnellen Möglichkeiten, staatliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, wenn es nötig ist, stehen heute 156 einzelne, zum Teil hoch komplizierte familienpolitische Leistungen gegenüber.

Deswegen können eben nicht alle gleichermaßen von der Familienpolitik profitieren. Einzelleistungen stehen ja nur eng definierten Gruppen zur Verfügung. Fakt ist, dass diejenigen, die in diesem komplizierten System durchblicken und wissen, wo sie etwas beantragen können, von familienpolitischen Leistungen viel mehr profitieren als diejenigen, die es vielleicht wirklich nötig haben. Diejenigen, die profitieren, haben es oft gar nicht nötig, und andere finden sich in dem familienpolitischen Dschungel nicht zu recht.

Das führt dazu, dass die soziale Durchlässigkeit und die Chancen, sich nach oben zu arbeiten, gerade in Bayern immer noch viel geringer sind als in anderen Bundesländern. Um das zu ändern und mehr soziale Durchlässigkeit nach oben zu bekommen, helfen vor allem Maßnahmen, die aus den Familien unabhängig von deren Form finanziellen und organisatorischen Druck herausnehmen. Da hilft Wohnungsbau, der nicht auf die Quadratmeterzahl von geschaffenem Wohnraum, sondern auf die Praktikabilität von Familien ausgerichtet ist. Da hilft ein kostenfreies erstes Kita-Jahr. Da helfen einfache und preiswerte Angebote für Sport, Musik und Kunst, für die weder die Nutzer noch die Träger ellenlange Anträge ausfüllen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Da hilft die flexible Übernahme von Schülerbeförderungskosten. Da helfen echte Ganztagesangebote. Da helfen Schulsozialarbeit, Jugendsozialarbeit und quartierbezogene Familiensozialarbeit, und da helfen Angebote zur Betreuung und Pflege von Familienmitgliedern, die kurzfristig oder dauerhaft Hilfe brauchen. Das alles sind Maßnahmen, die sinnvoll sind, die wichtig sind und die finanzierbar sind.

Ihnen, liebe Kollegen von der CSU, empfehle ich, sich jetzt einmal diesen Katalog oder den der SPD vorzunehmen und an konkreten Vorschlägen zu arbeiten, damit wir beim nächsten Mal, wenn wir über dieses Thema diskutieren, zum Wohl der Familien in Bayern schon etwas weiter sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die CSU-Fraktion hat jetzt der Kollege Thomas Huber das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Huber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich versuche jetzt einmal, wieder Sachlichkeit in die Debatte zu bringen, und möchte zuerst einmal feststellen: Bayern hat ein hervorragendes Netz an umfangreichen Unterstützungsleistungen für Kinder, Jugendliche und Familien. Das lassen wir

uns auch von Ihnen, sehr verehrte SPD, und von Teilen der GRÜNEN nicht schlechtreden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Liebe Kollegin von der SPD, wenn es bei uns so schlecht wäre, wie Sie es gerade beschrieben haben, frage ich mich, warum dann so viele junge Familien ausgerechnet nach Bayern ziehen wollen. Wenn es so schlimm wäre, würde keiner hierherkommen. Aber gerade Familien leben gern in Bayern, und die Zahl der Zuzüge in den letzten Jahren spricht eine deutliche Sprache.

(Beifall bei der CSU)

Wenn die SPD-Fraktion in ihrem Dringlichkeitsantrag zur Familienpolitik von familienpolitischen Versäumnissen des Freistaates in den vergangenen Jahren spricht, hat sie entweder in den vergangenen Jahren all das, was wir in Bayern für unsere Familien geleistet haben, nicht mitbekommen, was ich aber nicht glaube, oder sie befindet sich bereits im Wahlkampfmodus und versucht, mit einem Zehn-Punkte-Wunschkonzert von Maximalforderungen endlich die Aufmerksamkeit in der Familienpolitik zu bekommen, die sie in den vergangenen dreieinhalb Jahren nicht gehabt hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Liebe Kollegen, die Fakten zur Familienpolitik in Bayern sprechen eine ganz klare Sprache. Sie heißt: Der Freistaat Bayern unterstützt seine Familien wie kein anderes Bundesland. Allein im Jahr 2016 haben wir rund 3,5 Milliarden Euro in unsere Familien investiert. Liebe SPD, diese Zahl kennen Sie natürlich auch ganz genau. Sie fordern dennoch in einem Dringlichkeitsantrag die Staatsregierung auf, endlich ihrer politischen Verantwortung gerecht zu werden. Genau diese politische Verantwortung nehmen wir aber gerade auch in der Familienpolitik wahr. Da danke ich ausdrücklich unserer zuständigen Familienministerin Emilia Müller, ihrem Staatssekretär und auch unserem Ministerpräsidenten für die guten Akzente und für die hervorragende Arbeit,

die sie gerade in der Familienpolitik geleistet haben. Sie haben ihre Verantwortung wahrgenommen und für unsere Familien enorm viel getan.

Ich nenne beispielhaft nur den flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung. Hier sind allein seit 2008, als es gut 44.000 Plätze gab, 78.000 neue Plätze entstanden. Für jedes Kind ab dem dritten Lebensjahr steht in Bayern ein Kindergartenplatz zur Verfügung. Als Zweites nenne ich die flächendeckende Schaffung von bedarfsgerechten Ganztagsangeboten und als Drittes das Landeserziehungsgeld im Anschluss an das Elterngeld, für das wir allein im Doppelhaushalt 2017/18 161 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Durch die Erhöhung der Einkommensgrenzen konnte die Inanspruchnahmequote noch einmal erhöht werden. Ein Drittel der Eltern bekommt das Landeserziehungsgeld, und mit der gerade angesprochenen und auch geplanten weiteren Erhöhung der Einkommensgrenzen – so viel zu Ihrem Vorwurf, wir würden keine Weiterentwicklung vornehmen – sollen bis zu 50 % der Eltern erreicht werden. Ein letztes Beispiel ist das bayerische Betreuungsgeld, gegen das ausgerechnet Sie von der SPD Sturm gelaufen sind und das heute von 75 % der Eltern mit ein- bis zweijährigen Kindern beantragt wurde und in Anspruch genommen wird. Da frage ich Sie: Ist das nichts?

Eine besonders schöne Folge dieser Politik, wenn auch nicht allein deswegen, für die Familien ist übrigens, dass in Bayern die Zahl der Lebendgeborenen im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr um stolze 3,8 % auf rund 118.200 Kinder gestiegen ist. Im Jahr 2016 hat sich diese Entwicklung fortgesetzt. Damit hat die Geburtenzahl in Bayern einen neuen Höchststand seit der Jahrtausendwende erreicht. Dieser Anstieg der Geburten hat auch damit zu tun, dass junge Familien in Bayern wissen, dass der Freistaat optimale Möglichkeiten für eine bedarfsgerechte und – das ist uns wichtig – am Willen der Eltern orientierte Kinderbetreuung schafft. Derzeit stehen bereits für 32 % der Kinder unter drei Jahren 110.000 Betreuungsplätze zur Verfügung. Im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms "Kinderbetreuungsfinanzierung" wurden bis

Mitte 2016 insgesamt rund 1,38 Milliarden Euro bewilligt. Das ist mehr, als jedes andere Land und damit auch als jedes von der SPD regierte Land zur Verfügung stellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, hinzu kommt, dass Bayerns Kommunen bundesweit die besten Förderkonditionen für die Kinderbetreuung haben. Allein 2016 hat der Freistaat Bayern rund 1,4 Milliarden Euro für die Betriebskostenförderung ausgegeben. Er trägt damit mehr als 50 % der Grundkosten der Kinderbetreuung. Im Gegensatz zu Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD und auch der GRÜNEN, schreiben wir aber den Eltern nicht vor, dass sie ihre Kleinsten in eine Kindertagesstätte schicken müssen, auch wenn sie das gar nicht wollen. Wir respektieren den Elternwillen

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

und überlassen es der freien Entscheidung der Eltern, ob sie einen Krippenplatz wählen möchten oder eine andere Art der Betreuung vorziehen. Deshalb führen wir auch das Betreuungsgeld als Landesleistung fort und unterstützen 113.000 Eltern mit monatlich 150 Euro pro Kind. Das sind im Jahr 2016 160 Millionen Euro, und bis 2018 sind 230 Millionen Euro geplant.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus dem Sammelsurium an Forderungen, die der SPD-Dringlichkeitsantrag enthält, möchte ich die unter Nummer 1 genannte Forderung einer generellen Beitragsfreiheit für Kindertagesstätten in Bayern aufgreifen. Dazu muss man wissen, dass es eine solche generelle Beitragsfreiheit aktuell in keinem anderen Bundesland außer in Rheinland-Pfalz gibt, wo dies ab dem zweiten Lebensjahr der Fall ist. Die SPD hat die Beitragsfreiheit zwar in etlichen Ländern zu einem Wahlkampfthema gemacht; tatsächlich wurde sie aber bis dato nur von der Ampel-Regierung in Rheinland-Pfalz umgesetzt. Bei diesem Punkt muss ich auf den Länderfinanzausgleich hinweisen. Rheinland-Pfalz ist hier Netto-Empfänger und hat 2016 über 338 Milliarden Euro erhalten, während der Freistaat Bayern über 5,8 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich bezahlen musste. Wir Bayern haben also einen großen

Anteil daran, dass sich der Nettoempfänger Rheinland-Pfalz die Beitragsfreiheit seiner Kindertagestätten überhaupt leisten kann. Deshalb war es auch so wichtig, dass der Freistaat durch die vor Kurzem auf unseren Druck hin beschlossene Neuordnung des Länderfinanzausgleichs ab 2019 um rund 1,35 Milliarden Euro entlastet wird. Im Übrigen entlasten wir in Bayern bereits seit dem Kindergartenjahr 2013/2014 rund 100.000 Familien jährlich um 1.200 Euro im dritten Kindergartenjahr.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wichtiger, als auf die Kostenfreiheit zu drängen, ist uns die Qualitätssteigerung; denn die Familien möchten vor allem, dass ihre Kinder gut betreut sind. Hier setzen wir mit modernen Konzepten und innovativen Strategien an, zum Beispiel mit den pädagogischen Qualitätsbegleitern, die schon über 1.250 Kitas in Bayern besucht haben.

Weil es unser Ziel ist, Familien noch besser zu unterstützen – wir haben ja nicht gesagt, dass alles schon bestens ist, sondern wir sind auf einem Weg, den wir gemeinsam gehen, um für Familien noch mehr zu tun –, fordern wir, bei den weiteren Planungen für das jetzt diskutierte familienpolitische Maßnahmenpaket die drei Eckpunkte erfolgreicher bayerischer Familienpolitik, die wir im Antrag genannt haben, zu berücksichtigen: finanzielle Entlastung der Familien, Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch qualitativ hochwertige und verlässliche Kinderbetreuung

(Zuruf von der SPD: Aha!)

und Chancengerechtigkeit durch Bildungsteilhabe und sich für weitere Verbesserungen einzusetzen. – Sie müssen unseren Antrag schon bis zum Ende lesen.

(Zuruf von der SPD: Er ist ja einfach zu verstehen!)

Diesbezüglich danke ich ganz herzlich allen Kolleginnen und Kollegen aus unserem Arbeitskreis Sopo, unserer Sozialministerin und unserem Ministerpräsidenten für die hervorragende Zusammenarbeit und für den wertvollen Gedankenaustausch. Wir arbeiten gemeinsam daran.

Unsere Vorschläge, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, die wir aus diesem Maßnahmenpaket ableiten, sind im Gegensatz zu Ihren Vorschlägen gegenfinanziert. Hier lässt die SPD-Fraktion eine sehr wichtige Frage offen.

Ich möchte noch auf den letzten Punkt, den Bereich Chancengerechtigkeit durch Bildungsteilhabe, eingehen, der uns besonders wichtig ist. Gerade gestern Abend hat die Fraktion hierzu eine wichtige Entscheidung getroffen: Mit dem Bildungspaket, das wir in der nächsten Zeit im Parlament beraten und hoffentlich auch beschließen werden,

(Zuruf von der SPD)

schaffen wir in diesem Zusammenhang Bildungschancen für alle: flächendeckender und bedarfsgerechter Ausbau der Ganztagsangebote, Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund, Angebote für Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf, Frühförderung und Unterstützung von besonders Begabten – das gehört auch dazu. Die akademische und die berufliche Bildung sind uns gleichwertig. Deswegen noch einmal der Verweis auf das Bildungspaket, auf das wir uns gestern in der Fraktion verständigt haben.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist der richtige Weg, damit Bayern auch in Zukunft Familienland Nummer eins bleibt. Es wäre schön, wenn Sie unserem Antrag zustimmen und sich nicht der Stimme enthalten. Nur dann können Sie auch glaubwürdig Ihre Punkte, die Sie hier einbringen, untermauern.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, verbleiben Sie bitte am Rednerpult. Ich habe zwei Zwischenbemerkungen, die erste von Frau Rauscher.

Doris Rauscher (SPD): Herr Kollege, kurz vorab: Es ist Ihnen schon bekannt, dass die Höhe des Länderfinanzausgleichs nicht von der Ausgabe Erstattung der Kita-Elternbeiträge abhängt, sondern von der Steuerkraft eines Bundeslandes. Das zum einen.

Zum anderen: Sie haben zum Teil schön aus der Broschüre "Familienland Bayern" zitiert. Das steht Ihnen auch zu. Ansonsten ist Ihr Antrag doch eher etwas lau. Nicht konkret berücksichtigen und auch nicht abweisen können Sie die Tatsache, dass Bayern Schlusslicht bei der Fachkraftquote in der Kindertagesbetreuung ist. Es gibt kein Bundesland mit einer so niedrigen Fachkraftquote wie Bayern.

Sie können auch nicht leugnen, dass die Chancengerechtigkeit der Kinder in Bayern nach wie vor vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Die Kluft in dieser Hinsicht ist in keinem anderen Bundesland so groß wie in Bayern.

Es gibt einfach Fakten, denen man ins Auge blicken muss. Auch die Zahl der 140.000 in Bayern von Armut bedrohten Kinder wird nicht dadurch besser, dass es vielleicht in anderen Bundesländern auch nicht besser aussieht. Wir machen Politik für Bayern. Deswegen sollten wir schon bei unseren Themen bleiben.

Zum Thema Gegenfinanzierung: Sie haben in Ihrem Antrag auch keine Zahl genannt. Wir haben eine Gegenfinanzierung, die sich sicherlich dann in einem Antrag zum Nachtragshaushalt widerspiegeln wird. Auch die Kollegin der GRÜNEN hatte in ihren Antrag keine Gegenfinanzierung aufgenommen. Es geht um die Grundsatzforderung, die wir haushälterisch überwiegend in den Fachausschüssen – und weniger im Plenum – des Öfteren dargelegt und besprochen haben. So viel dazu.

Meine Fragen lauten: Wieso haben Sie einen so lauen Antrag gestellt? Wieso gehen Sie nicht in die konkretere Forderung? Wieso bleiben Sie in Ihrem Antrag bei so allgemeinen Formulierungen wie drei "Eckpunkte erfolgreicher bayerischer Familienpolitik"?

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte.

Thomas Huber (CSU): Frau Kollegin, das ist kein lauer Antrag, sondern das ist die Unterstützung der auch in der Staatsregierung geplanten Maßnahmen im Rahmen

eines familienpolitischen Maßnahmenpakets zur Weiterentwicklung des bisherigen Weges.

Wenn ich mir Ihren Antrag noch einmal anschau, dann stelle ich fest: Ich finde darin keine Vorschläge zur Gegenfinanzierung. Weil wir an diesem Maßnahmenpaket arbeiten, werden wir das auch mit Zahlen unterlegen, um es in den nächsten Doppelhaushalt einzubringen. Das ist Punkt eins.

Zu Punkt zwei, dem Länderfinanzausgleich. Die Feststellung ist richtig. Ich sage Ihnen aber auch, dass wir nicht mehr bereit sind, die Wunschtaten anderer Länder noch länger auf Kosten des bayerischen Steuerzahlers mitzufinanzieren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Das ist nicht Ihre Entscheidung!)

– Doch, das entscheiden wir gemeinsam. Dabei hofft auch die CSU auf die Unterstützung durch ihren Koalitionspartner in Berlin, wenn es darum geht, dass wir über den Einsatz unserer Finanzmittel, die unsere bayerischen Steuerzahler erwirtschaften, selbst entscheiden dürfen.

Der letzte Punkt, der wichtigste Punkt meines Erachtens, betrifft letztendlich die Armutsdebatte. Sie haben vollkommen recht, Frau Kollegin. Sie sehen in der Begründung zu unserem Antrag die Zahlen der Bertelsmann-Studie und können feststellen, dass in keinem anderen Bundesland so wenige Kinder unter 18 Jahren in Hartz-IV-Haushalten leben wie in Bayern.

(Zuruf von der SPD)

Aber ich sage Ihnen noch eines: Genau das lässt uns nicht ruhiger werden. Natürlich sind diese 6,8 % der Kinder zu viel, weil sich andauernde Armut auch negativ auf die soziale Teilhabe auswirkt. Kinder, die in Armut aufwachsen, sind häufiger sozial isoliert, und ihre Bildungsbiografie ist deutlich belastet.

Aber genau aus dem Grund setzen wir uns an drei Stellen wie folgt ein: Erstens stärken wir die Familien mit unserer guten Beratungsstruktur. Die kennen Sie auch, die brauche ich niemandem zu erläutern: seien es die Erziehungsberatungsstellen oder die Familienstützpunkte. Zweitens entlasten wir die Familien finanziell. Allein im Jahr 2015 – das hatte ich vorhin nicht genannt – hat der Freistaat 80 Millionen Euro an Unterhaltsvorschuss ausgezahlt. Als einziges Bundesland haben wir ein bayerisches Betreuungsgeld eingeführt.

(Zuruf von der SPD)

Wir unterstützen ein Drittel der bayerischen Eltern mit unserem Landeserziehungsgeld. So viel zum Punkt Entlastung der Familien.

Die dritte Maßnahme – meines Erachtens eine sehr wichtige – sind unsere Arbeitsmarkt- und unsere Bildungspolitik. Ich habe Ihnen vorhin schon gesagt, was wir mit dem Bildungspaket vorhaben. Das beste Mittel gegen Armut ist Arbeit, und Voraussetzung für eine gute Arbeit sind eine gute Bildung und eine gute Ausbildung, auf die wir setzen, sowohl auf die akademische als auch die berufliche im dualen Berufsbildungssystem. Damit helfen wir allen: den Kindern und den Eltern, und damit sorgen wir auch für eine soziale Balance. Diesem Ansatz ist gegenüber einer undifferenzierten Kindergrundsicherung der Vorzug zu geben.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Die zweite Zwischenbemerkung macht Frau Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Herr Kollege, ich hätte auch gern ein bisschen Butter bei die Fische, um es einmal so zu sagen. Zum Thema finanzielle Entlastung der Familien: Sie haben jetzt aufgezählt, was Sie bisher gemacht haben, nämlich ein Betreuungsgeld eingeführt. Mir fehlt eine Perspektive, eine Vision, welche Art der finanziellen Entlastung die CSU-Fraktion gern haben möchte. Dazu steht im Antrag nichts. Ich frage mich jetzt: Soll es eine Erhöhung des Betreuungsgeldes sein? Soll es eine Erhö-

hung der Gelder sein, die Familien bis 30.000 Euro Einkommen zur Verfügung stehen, bis 60.000 Euro Einkommen oder ab 60.000 Euro Einkommen?

Thomas Huber (CSU): Frau Kollegin Celina, ich habe vorher schon gesagt, was geplant ist. Das Erste ist die Erhöhung der Einkommensgrenzen für das Landeserziehungsgeld. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, weil wir damit den Empfängerkreis ausweiten. Aktuell haben wir ein Drittel, zukünftig haben wir das Ziel 50 %. Das Zweite steht auch in unserem Antrag, nämlich in der Begründung. Wir versuchen auch über die zuständige Bundespolitik, hinsichtlich der Eigentums- und Vermögensbildung einen Punkt zu setzen, natürlich auch in steuerlichen Fragen. Wir sind durchaus bereit, auch in der Großen Koalition und auch im anstehenden Wahlkampf über den Punkt Ehegattensplitting zu sprechen, aber mit einem ganz deutlichen Blick in Richtung stärkere Gewichtung der Kinder-Situation.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Wir fahren jetzt in den Wortmeldungen fort. Frau Kollegin Schmidt von der Fraktion der FREIEN WÄHLER hat jetzt das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Werte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte eigentlich mit dem Antrag der CSU beginnen. Herr Huber, Sie fordern aber eine Reaktion heraus. Sie haben recht: Wir enthalten uns bei Ihrem Antrag bestimmt nicht. Da haben Sie voll und ganz recht. Uns schockiert dieser Antrag. Das ist kein Antrag. Das ist ein "Hafti", den Ihnen der Ministerpräsident auf Ihre Unterlagen geklebt hat; mehr ist es nicht. Das ist kein Antrag.

Sie schreiben in der Begründung etwas von Qualitätsverbesserungen. Ich möchte Ihnen sagen: Jeder dahin gehende Vorschlag, der in den letzten dreieinhalb Jahren kam, wurde von Ihnen abgelehnt, jeder Vorschlag.

Wenn es um die Kostenfreiheit der Kitas geht, bringen Sie den Länderfinanzausgleich ins Spiel. Ich möchte Ihnen dazu eines sagen: Weder ein bayerisches Kind noch ein rheinland-pfälzisches Kind kann etwas dafür, dass das Ihre Vorgänger unterschrieben haben. Das kann man unseren Kindern nicht zum Vorwurf machen. Deshalb muss man genau darüber nachdenken, wie und für wen in Zukunft der Zugang zu Kitas sein soll.

Wenn es um Armut bei Kindern geht, ist festzustellen, dass diese in den letzten zwei Jahren auch in Bayern angestiegen ist.

(Zuruf von der CSU)

– Sie ist angestiegen. Das steht zumindest in den letzten zwei Sozialberichten des Sozialministeriums. Der neue Bericht ist noch nicht da; er sollte im November da sein. Deshalb berufen wir uns alle auf die Studie der Bertelsmann Stiftung. Die letzten zwei Sozialberichte haben das genau so ergeben. Ich hoffe, dass wir den Sozialbericht jetzt im Mai bekommen. Ich würde mich auch lieber auf tatsächliche Zahlen, also darauf, wie es im Moment aussieht, und auf die Entwicklung berufen. Der Bericht ist aber noch nicht da. Dafür tragen wir garantiert nicht die Verantwortung.

Herr Kollege Huber, mich verwundert sehr, dass Sie dem Freistaat für unsere gute Kinderbetreuung danken. Wer leistet denn die Kinderbetreuung? – Das machen die Träger draußen, und der Staat unterstützt sie dabei. Wir müssen unseren Trägern danken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie waren neulich mit der Kinderkommission unterwegs, und Sie haben genau gehört, welche Probleme die Träger haben und wo die bürokratischen Hürden liegen. Sie haben aber bis jetzt daran nichts verändert. Sie haben so getan – es tut mir leid; vielleicht wurde nur dieser Eindruck erweckt –, als hätten Sie von diesen Problemen zum

ersten Mal gehört. Ich spreche von Problemen wie etwa dem komplizierten Zugang zu Anträgen, wie Kollegin Celina vorhin gesagt hat.

Letzte Woche haben wir vom Zentrum Bayern Familie und Soziales gehört, dass auch jene Stellen unterbesetzt sind, die dazu dienen, die Familien direkt zu unterstützen und Ehrenamtlichen die Anträge zu erklären. Wo ist denn der Zugang von Familien? Wo ist die Erleichterung für Familien? Es ist etwas wenig, wenn es heißt: Chancengerechtigkeit durch Bildungsteilhabe. Wie denn? Vor allem geben Sie zu, dass es im Moment anscheinend keine Chancengerechtigkeit durch Bildungsteilhabe gibt. Haben wir sie bis jetzt nicht, müssen Sie etwas daran ändern. Sie regieren in Bayern. Wenn Herr Seehofer jetzt sagt, Sie müssen etwas verändern und wir müssen familienfreundlicher und kinderfreundlicher werden, wenn das der Ministerpräsident sagt, dann muss das wohl seinen Grund haben, dass nämlich irgendetwas nicht passt und die Familien unzufrieden sind.

Ich frage mich, wie jemand, der an der Regierung ist und die Sozialministerin stellt, einen solchen Antrag mit der Begründung "finanzielle Entlastung der Familien" stellen kann, in dem nichts zu Wie, Wo, Wann und Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht. Einen solchen Antrag muss man ablehnen. Wir werden uns bestimmt nicht enthalten. Wir finden es schade, dass die Kollegen dazu nicht den Mut gehabt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt kommen wir zum SPD-Antrag. Dazu muss ich sagen: Wir sind bei vielen Punkten dabei. Wir finden es aber ewig schade, dass Sie sich, die Sie in Berlin mitregieren, sich von dem "Hafti" des Ministerpräsidenten so treiben lassen.

(Zuruf von der SPD)

Wir sind bei sehr vielen Ihrer Detailanträge im Ausschuss mitgegangen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ursache und Wirkung nicht verwechseln!)

Wir sind bei vielen Ihrer Punkte dabei gewesen und sind auch weiterhin dabei. Mir tut es nur leid, dass Sie alles in diesen Gemischtwarenantrag einbringen. Das haben Sie eigentlich gar nicht nötig; das muss ich sagen, liebe Kollegin Doris Rauscher. Wir finden auch nichts dazu, wer es bezahlen soll. Wir glauben, dass Sie den Freistaat meinen, wenn es um Schulweg und Lernmittel geht. Das steht aber leider nicht im Antrag. Wir haben Angst um das Konnexitätsprinzip. Wir hätten gerne Ross und Reiter genannt, wer für was zuständig ist. Wir sind bei vielen Ihrer Anträge, in denen es um die Wohnraumschaffung gegangen ist, mitgegangen.

Der zweite Block Ihres Antrags enthält die Nummern 8 bis 10. Dazu müssen wir ganz ehrlich sagen: In den letzten Jahren hätten Sie selber mitgestalten können. Das haben Sie in Berlin leider nicht getan. Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der SPD: Das haben wir! Aber wer hat blockiert, Frau Kollegin?)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Staatsregierung hat jetzt Frau Staatsministerin Müller das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die von der Opposition geäußerte Behauptung familienpolitischer Versäumnisse ist ganz einfach absurd, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Wir lassen uns die familienpolitischen Maßnahmen und die Familienpolitik in Bayern von Ihnen nicht madig machen und nicht schlechtreden.

(Zuruf von der CSU: Jawohl!)

Familien und Kinder haben in Bayern so gute Lebensbedingungen wie in kaum einem anderen Bundesland.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Lässt sich das empirisch nachweisen?)

Im Doppelhaushalt 2017/2018 gehen fast 5 Milliarden Euro in die Familienpolitik. Wir bauen die Kinderbetreuung aus. Wir haben vor allen Dingen in den letzten Jahren die Kinderbetreuung für die Kinder unter drei Jahren ausgebaut. Wir bauen jetzt mit einem Sonderprogramm Kindergärten aus. Wir sanieren Kindergärten. Wir bleiben doch nicht stehen, sondern wir entwickeln permanent weiter.

(Beifall bei der CSU)

Wir unterstützen die Familien auch finanziell. Wir haben das Betreuungsgeld eingeführt; Kollege Huber hat dies vorhin schon angesprochen. Wir in Bayern zahlen als eines von zwei Ländern Landeserziehungsgeld. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das hilft gerade sowohl einkommensschwächeren Familien als auch Alleinerziehenden. Wir haben zum 1. Januar 2017 die Einkommensgrenzen erhöht, nämlich bei Alleinerziehenden von 22.000 Euro auf 31.000 Euro, bei Ehepaaren von 25.000 Euro auf 34.000 Euro und für jedes weitere Kind von 3.410 Euro auf 4.400 Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke daran, wie es mit den Kindern aussieht, die Sozialgeld beziehen. Ich darf auch ganz klar zum Ausdruck bringen, dass der Anteil dieser Kinder in Bayern nicht halb so groß wie im Bundesdurchschnitt ist. Er liegt in Bayern bei 6,8 %, im Bund bei 14,7 %. Wir haben die Jugendarbeitslosigkeit erfolgreich bekämpft, und sogar die Armutsgefährdungsquote der Alleinerziehenden liegt weit unter dem Bundesdurchschnitt. Das ist soziale Gerechtigkeit in der Realität und nicht in Worten.

Wenn immer angeführt wird, wir hätten in den letzten Jahren nichts getan, darf ich entgegen: Wir haben eine BayKiBiG-Kommission eingesetzt, wir haben für Entbürokratisierung gesorgt, und wir haben den Qualitätsbonus angehoben. Das sage ich in aller Deutlichkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bereits in der vergangenen Woche haben wir hier einen Dringlichkeitsantrag der SPD zur Forderung nach einer Kindergrundsicherung diskutiert. Nun wird dieser Antrag erneut ins Spiel gebracht, und ich frage mich, was

Sie sich davon erhoffen. Besser wird der Vorschlag dadurch nicht. Auch das sage ich in aller Deutlichkeit. Kinder zu unterstützen, die in schwierigen Verhältnissen aufwachsen, ist mehr als dieses enorm kostspielige Blendwerk.

(Zurufe von der SPD)

Wir setzen daher auf zielgenaue und differenzierte Maßnahmen. Wir setzen außerdem auf differenzierte bedarfsgerechte Leistungen für alle Eltern sowie insbesondere für Eltern in schwierigen Lebenslagen. Gerade wird zum Beispiel der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende massiv ausgeweitet, und zwar zum 1. Juli 2017. Davon zahlen die Länder den Löwenanteil in Höhe von 60 %, während den Rest in Höhe von 40 % der Bund bezahlt.

Durch die wirtschaftliche Jugendhilfe werden in Bayern bereits Eltern entlastet, die sich die Kita-Gebühren nicht leisten können. Das ist soziale Gerechtigkeit. Da geht es um Geringverdiener und um Eltern, die Hartz-IV-Empfänger sind. Wir wollen die Chancen auch dieser Kinder erhöhen und deshalb auch die Jugendhilfe. Wir möchten Familien, die Hartz IV beziehen, aus dem Sozialgeldbezug herausholen und die Eltern auch dazu befähigen, ein eigenständiges Leben zu führen. Deshalb nehmen wir bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit die Familie insgesamt in den Blick. Daher bringt die Staatsregierung gerade das Projekt CURA auf den Weg. Gerade in Städten sollen Langzeitarbeitslose und ihre Familien zielgerichtete Unterstützung erhalten. Durch die Einbeziehung der Jugendämter wollen wir langzeitarbeitslose Eltern in ihrer Erziehungsfähigkeit stärken, um so die Gesamtsituation der Familien zu verbessern. Das ist sozial gerechte Politik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die SPD fordert, die Vielfalt ernst zu nehmen. Ich sage: Wir tun das. Aber gerade die SPD drängt Familien ständig zu bestimmten Lebensmodellen, nämlich zum Modell des vollzeitnah arbeitenden Doppelverdienerspaars. So macht es auch Bundesministerin Schwesig mit der Familienarbeitszeit. Wer soll denn das nutzen, und wem sollen die angebotenen 150 Euro helfen? – Das ist

kein Lohnersatz. Aus meiner Sicht beinhaltet die Familienarbeitszeit ein enges Zeitkorsett und schreibt Eltern vor, wie sie zu arbeiten haben. Wir wollen Wahlfreiheit. Wir wollen kein enges Korsett. Wir wollen keine Begrenzungen. Wir nehmen die Vielfalt tatsächlich ernst. Wir stehen für Wahlfreiheit und fragen Eltern nach ihren Wünschen.

Wir bieten unterschiedliche Lösungen für unterschiedliche Lebensmodelle an. Wir setzen auf den Kita-Ausbau und auf Qualität genauso wie auf das Betreuungsgeld. Die pädagogischen Qualitätsbegleiter sind vorhin schon angesprochen worden. Wir setzen auf das Landeserziehungsgeld, gerade auch mit besonderer Staffelung für Mehrkindfamilien. Wir setzen auf Chancengerechtigkeit durch Bildungsteilhabe. Wir stärken die frühkindliche Bildung; denn wir wollen Kinder fit machen, damit sie einen Start in die Schule haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, letzten Dienstag haben wir im Kabinett beschlossen, ein Zentrum für Medienkompetenz in der frühkindlichen Bildung zu etablieren. Damit wollen wir die Erzieherinnen und die Fachkräfte auf die Herausforderungen der nächsten Zeit vorbereiten. Wir setzen hierbei auf Qualität und auf Zukunft. Auch da sind wir Spitze.

Außerdem setzen wir auf beispielgebende Förderangebote in der Jugendhilfe. Hier sei zunächst der Hinweis erlaubt, dass der Ausbau der Kinderbetreuung nicht durch uns erfolgt, sondern dass er in der Zuständigkeit der Gemeinden liegt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Hans Reichhart (CSU))

Auffällig ist schon, dass mich die meisten Beschwerdebriefe, die Eltern wegen fehlender Plätze schreiben, aus Städten erreichen, deren Oberbürgermeister der SPD angehören.

(Reinhold Strobl (SPD): Oh, oh!)

Ob das ein reiner Zufall ist, ist für mich fraglich.

(Beifall bei der CSU – Reinhold Strobl (SPD): Frau Ministerin! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Beruhigen Sie sich, die Fakten sprechen für sich.

(Zuruf von der SPD: Alternative Fakten! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Insgesamt zeigen die Ausbautzahlen in Bayern, dass die Unterstützung der Gemeinden durch den Freistaat dann greift, wenn die Bedarfsplanung vor Ort stimmt.

Ich nenne Ihnen jetzt die Zahlen. Seit 2008 haben wir die Zahl der Plätze in der Kinderbetreuung um knapp 30 % auf 599.000 Plätze gesteigert.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Die Kommunen! – Reinhold Strobl (SPD): Die Kommunen!)

Die Zahl der betreuten Kinder stieg in dieser Zeit um 20 % auf 526.000 Kinder. Das zeigt, dass wir bayernweit die Voldeckung bereits erreicht haben. Aber wir werden die Kommunen auch künftig tatkräftig dabei unterstützen, die letzten Betreuungslücken zu schließen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Derzeit bereiten wir ein viertes Sonderinvestitionsprogramm für – ich habe es vorhin erwähnt – den Ausbau und die Sanierung von Kitas vor.

Auch in Sachen Qualität braucht sich Bayern nicht zu verstecken. Mit unseren Initiativen hat sich der durchschnittliche Anstellungsschlüssel in den Einrichtungen kontinuierlich verbessert, und der Modellversuch der pädagogischen Qualitätsbegleiter erweist sich als großer Erfolg. Den Einsatz dieser Qualitätsbegleiter wollen wir auf ganz Bayern ausweiten. Neue Initiativen sind deshalb in Vorbereitung.

Abschließend darf ich sagen: Wenn der Dringlichkeitsantrag der SPD Ergebnis des Schul-Effekts sein soll, sehe ich optimistisch in die Zukunft.

(Zuruf von der SPD: Das ist billige Polemik!)

Der Dringlichkeitsantrag redet Bayern schlecht. Er ist unschlüssig, realitätsfern und nimmt die wahren Nöte der Familien nicht in den Blick.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb wollen wir den Antrag ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen kleinen Moment bitte, mir liegt noch die Anmeldung einer Zwischenbemerkung von Herrn Prof. Dr. Bauer vor. Bitte schön.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Frau Staatsministerin, wir warten seit November letzten Jahres auf den Sozialbericht des Freistaats Bayern für das Jahr 2016. Wann ist er im Jahr 2017 zu erwarten? Welche Gründe gibt es dafür, dass es so lange dauert und dass er noch nicht abgeliefert worden ist?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte schön.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Der Sozialbericht kommt in Kürze. Wir wollen den Sozialbericht sowohl auf die Internetplattform stellen als auch in schriftlicher Form vorlegen. Deshalb hat es etwas länger gedauert. Ich bitte um Nachsicht. Der Sozialbericht wird in Kürze vorgelegt.

(Zuruf von der SPD: Bayern ist immer am schnellsten!)

– Das ist wahr.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Wir sind auf einem guten Weg!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Nachdem weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Über die Anträge wird getrennt abgestimmt. Über den SPD-Antrag wird namentlich abgestimmt. Daher ziehen wir die Abstimmung über die beiden anderen Anträge vor.

Ich beginne mit dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/16339. Das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordnete Claudia Stamm (fraktionslos). Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/16340 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind die FREIEN WÄHLER und die Abgeordnete Claudia Stamm (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Antrag auf Drucksache 17/16317. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 16.31 bis 16.36 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung. Ich bitte darum, das Ergebnis außerhalb des Plenarsaals zu ermitteln. Ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Dann gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Famili-

enpolitischer Verantwortung endlich gerecht werden: 10-Punkte-Programm ‚Familien stärken‘!“, Drucksache 17/16317, bekannt. Mit Ja haben gestimmt 27, mit Nein haben gestimmt 91. Stimmenthaltungen gab es 15. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2017 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u. a. und Fraktion SPD; Familienpolitischer Verantwortung endlich gerecht werden: 10-Punkte-Programm "Familien stärken"! (Drucksache 17/16317)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Gerlach Judith		X	
Aigner Ilse		X		Gibis Max			
Aiwanger Hubert		X		Glauber Thorsten		X	
Arnold Horst	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Aures Inge	X			Gote Ulrike			
				Gottstein Eva			
Bachhuber Martin		X		Güll Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Güller Harald	X		
Bauer Volker		X		Guttenberger Petra		X	
Baumgärtner Jürgen							
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Haderthauer Christine		X	
Bause Margarete			X	Häusler Johann		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim		X	
Biedefeld Susann				Hartmann Ludwig			X
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold				Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans			
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut		X		Dr. Herz Leopold		X	
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin			X	Hintersberger Johannes		X	
				Hölzl Florian		X	
Deckwerth Ilona	X			Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra		X		Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel		X	
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard				Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann			
Dr. Fahn Hans Jürgen		X					
Fehlner Martina	X			Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther		X					
Flierl Alexander		X		Kamm Christine			X
Freller Karl		X		Kaniber Michaela			
Füracker Albert				Karl Annette			
				Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus			X	Knoblauch Günther			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul				König Alexander		X	
Gehring Thomas			X	Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter			
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz			
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter			
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard			
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg			
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	27	91	15